

Migrationsberatung schlägt Alarm

Bund will Fördermittel um ein Viertel kürzen / Bedarf steigt durch Ukraine-Flüchtlinge

Von Frank Rademacher

DILLENBURG. In Dillenburg bieten der Caritasverband Wetzlar Lahn Dill Eder, das Diakonische Werk an der Dill und der Kreisverband vom Deutschen Roten Kreuz Migrationsberatung an. Diese Arbeit sehen die Organisationen nun gefährdet, weil der Bund angekündigt hat, die Fördermittel von aktuell rund 79 Millionen Euro um ein Viertel zu kürzen.

Anlässlich eines Aktionstages schlagen die Akteure in Dillenburg Alarm und konfrontieren Politiker von Bund und Land mit dem Problem. Nach dem CDU-Landtagsabgeordneten Frank Steinrath stellte sich auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt der Kritik.

Institutionen brauchen Förderung von 90 Prozent

Den schwarzen Peter wollte sie sich aber nicht zuschieben lassen. Hessen habe sich daran gewöhnt, dass der Bund Geld rüberschiebe und sich bislang immer auf andere verlassen. Das müsse sich ändern, erklärte die Sozialdemokratin und verwies auf ein Gespräch mit den Ländern, zu dem der Bundeskanzler eingeladen habe. „Es muss eine gemeinsame Bund-Län-



Sind sich einig, dass die Migrationsberatung bleiben muss (v. l.): Linda Wünsche (Caritas), Susanne Hofheinz (DRK), Dagmar Schmidt (SPD-Bundestagsabgeordnete), Shaleen Theis und Alexander Bretsch (DRK) und Frank Markus Dietermann (Stadt Dillenburg).

Foto: Frank Rademacher

der-Aktion her“, forderte sie. Alexander Bretsch, Vorstandsvorsitzender des DRK-Kreisverbandes, machte deutlich, dass man bislang zehn Prozent der anfallenden Kosten für die Migrationsberatung selbst aufbringe. Mehr sei aber nicht möglich, weshalb man auf die 90-Prozent-Förderung angewiesen sei.

Zumal man davon ausgehe, dass das Spendenaufkommen sich reduzieren werde, die anfallenden Kosten aber stei-

gen. Zugleich bleibe der Bedarf an den Beratungsangeboten für Zuwanderer bestehen.

Mehr noch, er ist durch die Flüchtlinge aus der Ukraine sogar noch gestiegen und komplexer geworden, wie Linda Wünsche von der Caritas erläuterte.

„Wir müssen gucken, wie man durch die Krise kommt. Es geht darum, einen Zeitraum zu überwinden“, erklärte Schmidt und machte zugleich deutlich: „Es ist eine

schwierige Zeit, aber kein Weltuntergang“.

Überwinden lasse sich die Krise aber nur gemeinsam. „Wir werden nicht durch die Zeit kommen, wenn man mit den Fingern auf den anderen zeigt“, mahnte sie und forderte zugleich eine bessere Verteilung der Lasten. „Wir sind ein Land, in dem viele Menschen sehr viel Geld verdienen und Unternehmen große Gewinne erzielen“, sagte Schmidt. Wenn man eine wei-

tere Spaltung der Gesellschaft verhindern wolle, müsse es gerechter zugehen. Wenn man einem Bundestagsabgeordneten 500 Euro wegnehme, dann mindere das lediglich seine Sparquote, schränke aber sein Leben nicht ein. „Diese Diskussion müssen wir jetzt führen“, erklärte die Sozialdemokratin.

Einen Wunsch, den Schmidt mit auf den Weg nach Berlin nahm, formulierte Susanne Hofheinz vom DRK. Die Hürden für die Arbeitsintegration der Flüchtlinge müssten gesenkt werden, um deren Potenziale besser nutzen zu können.

Frank Markus Dietermann machte für die Stadt Dillenburg deutlich, dass man auf die Arbeit der Institutionen und die Fördermittel angewiesen sei.

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer in Dillenburg umfasst neben Integrations- und anderen Deutschkursen auch die Suche nach einem Kindergartenplatz. Unterstützung gibt es zudem bei allen Fragen rund um die Aufnahme einer Arbeit sowie bei Aus- und Weiterbildung. Fragen zum Aufenthalt, Einbürgerung und Familienzusammenführung sind ebenso Thema wie die Hilfe im Umgang mit Behörden.